

Es ströme aber das Recht wie Wasser
und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach. (Amos 5,24)

A N T R A G

Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung

I Am 13. August 1961 wurde die Teilung Berlins, Deutschlands und Europas offenkundig. Die sich durchsetzende Einsicht in diese Realität ermöglichte die Entspannungspolitik der siebziger Jahre auf Regierungsebene. In der DDR ging die Entspannung jedoch zunehmend einher mit einer Politik der Abgrenzung, an deren Folgen unser gesellschaftliches Leben schwer - und viele, die weggehen, meinen: tödlich - erkrankt ist. Die Isolation der nachwachsenden Generation vom Leben ihrer internationalen Mitwelt bildet nach sechsundzwanzig Jahren Mauer und nach sechs Jahren Trennung von Polen den Nährboden für Zerr- und Feindbilder. Unser alltägliches Leben droht in einer nur schwer aufzubrechenden Enge zu verharren. Praktizierte Abgrenzungen stehen der Bildung von Vertrauen zwischen den Menschen und Völkern entgegen. Die jüngsten sowjetischen Friedensvorschläge schließen jedoch ausdrücklich die notwendige Förderung von Begegnungen und Verständigung der Menschen verschiedener Staaten und Gesellschaftsordnungen ein. Der in unserem Land begonnene Prozeß der kontrollierten Öffnung nach außen geht in diese Richtung. Er braucht neue Anstöße unsererseits.

II Im Rahmen des KSZE-Prozesses ist die Vertrauensbildung, verstanden als ein Vorgang zwischen souveränen Staaten, mühevoll in Gang gekommen. Wirklich gelingen wird sie aber erst dann, wenn alle Bürger der verschiedenen Staaten in einen freien Dialog treten können. Auch christlicher Glaube sucht heute nach Wegen grenzüberschreitender Solidarität. Hier wurzelt für uns das Friedenszeugnis unserer Kirche (Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung). Doch wer das Abschreckungsprinzip ablehnt, muß auch dazu aufrufen, die den Dialog behindernden Abgrenzungen zu beseitigen. Nur so wird Friedenspolitik wirklich glaubwürdig und unumkehrbar. Ein grundsätzliches Wort aus christlicher Verantwortung tut not.

III Wir bitten die Synode, die Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung auszusprechen.

Im Einzelnen bitten wir die Synode, jetzt öffentlich einzutreten für

- A - die volle Wiederherstellung der Reisemöglichkeiten zwischen Polen und der DDR entsprechend der Praxis von 1972 - 1980
 - die öffentliche Thematisierung einer anzustrebenden Freizügigkeit zwischen den sozialistischen Staaten Europas
- B - die rechtlich garantierte Reisefreiheit in westliche Länder für alle DDR-Bürger unabhängig von Alter, beruflicher Stellung, familiären Anlässen und politischer Einstellung
 - die Offenlegung und gesellschaftliche Diskussion der wirtschaftspolitischen, speziell finanzwirtschaftlichen Probleme im Blick auf die Reisepraxis gegenüber westlichen Ländern
- C - die Aufhebung politisch begründeter Einreiseverbote für Personen aus dem Ausland einschließlich ehemaliger DDR-Bürger
 - ein öffentliches Gespräch über gesellschaftspolitische Veränderungen, die geeignet sind, ehemalige Bürger der DDR zur Rückkehr zu motivieren
- D - die unverzügliche Einführung von Begründungen im Fall der Ablehnung von Reiseanträgen
 - eine Diskussion über die Einführung arbeitsrechtlich vorankerkter Garantien, sich gegen Kontaktverbote und -meldepflichten im Blick auf Personen aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet verwahren zu können
- E - den kirchlichen Verhandlungsgrundsatz gegenüber dem Staat: Die ökumenische Reisepraxis muß vorrangig Sache der Gemeinden werden
 - die geistliche Problematisierung der Tatsache, daß die Behandlung der ökumenischen Kontakte als Dienstreisen die Kirche Christi zu einem Betrieb macht.

IV Die Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung und das Einstehen für diese Forderungen können helfen, unser Leben aus verengten Perspektiven herauszuführen. Erst dann werden wir unsere Existenz nicht mehr als bevormundet und zweitrangig erfahren, sondern uns als freie und mündige Bürger betrachten.

A U F R U F

Abgrenzung erfahren wir täglich. Das erschwerte oder unmögliche Reisen nach Ost und West ist dabei nur die Spitze des Eisbergs.

Der oben zitierte Antrag wurde auf der jüngsten Tagung der Berlin-Brandenburger Synode (24.-28.4.87) von der Berliner Bartholomäusgemeinde eingebracht. Seither befassen sich viele Gemeinden mit seinem Inhalt. Die Synode beauftragte zwei ihrer ständigen Ausschüsse, ein Jahr lang daran zu arbeiten.

Als Mitautoren dieses Antrags meinen wir: Hier ist jede Stimme gefragt! Deshalb rufen wir die Christen überall in der DDR auf:

1. Schreiben Sie eine kurze Engage an die Bundessynode unserer Kirchen mit der Bitte, auf ihrer nächsten Tagung vom 18. - 22. September 1987 in Görlitz die Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung im Sinne der Aussagen des Antrags auszusprechen. Erklären Sie bitte Ihre Bereitschaft, diese Absage mitzusprechen! Ein klares Wort der Synode würde zur Umkehr mahnen - zu einem Frieden, der aus persönlicher Freiheit und versöhnender Begegnung lebt.

Anschrift: Präsidium der Synode des Bundes
der Evangelischen Kirchen in der DDR
Auguststr. 80, Berlin 1040

2. Diskutieren Sie bitte außerdem den Antrag weiter in Gruppen, Gemeinden und Gemeindekirchenräten. Wir möchten Ihnen zum Gespräch folgende Fragen vorschlagen:

- Unter welchen Abgrenzungen leiden wir persönlich; an welche haben wir uns schon gewöhnt und sie verinnerlicht?
- Welche dialogbehindernden Abgrenzungen sind im Antrag unberücksichtigt geblieben?
- Wie können wir helfen, die Abgrenzung zugunsten der Entspannung zu überwinden? Wie können wir darüber mit Nichtchristen ins Gespräch kommen, z.B. an der Arbeitsstelle?
- Welche Abgrenzungen gehen von westlicher Seite aus? Wie können wir das ökumenische Gespräch über Frieden und Menschenrechte vor Ort und über Landesgrenzen hinweg beleben?

Lassen Sie uns nach Antworten suchen und sie auf Kreissynoden und Friedensseminaren vorstellen!

Pfingsten 1987

gez.: Almuth Berger	Stephan Bickhardt	Anette von Bodecker
Karl-Heinz Bonnke	Dr. Martin Böttger	Erich Busse
Dr. Hans-Jürgen Fischbeck	Dorrit Fischer	Martin König
Reinhard Lampe	Ludwig Mehlhorn	